



Abgeschoben

Amerikanischer Alptraum: Seit Anfang des Jahres ist es für Flüchtlinge noch schwieriger, in die USA zu gelangen. Eine Reportage von der mexikanischen Grenze.
 Von Annuschka Eckhardt

SEITE 3

5.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 3. FEBRUAR 2023, NR. 29 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,70 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Halbe Lösung

Bundeskabinett bringt 49-Euro-Ticket auf den Weg. Kritik an mangelhafter Finanzierung

4

Höllische Zustände

Spanien: Räumung eines Camps von Tagelöhnern enthüllt Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft

6

Kritischer Blick

Die Berliner Brecht-Tage 2023 widmen sich der Aktualität der »Kriegsfibel«. Von Sabine Kebir

11

Fallender Hegemon

Friedensperspektiven in Zeiten von Krieg und Blockkonfrontation. Vortrag. Von Sevim Dagdelen

12

Konzerne machen Kasse

Energieriese Shell fährt wie andere Branchengrößen riesige Gewinne ein. Regierungen sichern Profite und verstärken ihre Attacken auf arbeitende Bevölkerung. **Von David Maiwald**

In Krisenzeiten zeigt sich, wessen Interessen regieren. Bleibt bei Beschäftigten aus Angst vor der nächsten Abrechnung die Wohnung kalt, so gerät ein Konzern nach dem nächsten angesichts von Rekordgewinnen in Freudentaumel. Der britische Energieriese Shell vermeldete am Donnerstag einen Nettogewinn von rund 40 Milliarden US-Dollar (rund 36,4 Milliarden Euro). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Ergebnis – auf das nun höchste der Unternehmensgeschichte – mehr als verdoppelt.

Nach einem Jahr der Rekordgewinne dank gestiegener Energiepreise profitieren die Aktionäre: Sie erhalten insgesamt 26 Milliarden US-Dollar Ausschüttung. Shell will nicht nur die Dividenden um 15 Prozent erhöhen, sondern kündigte ein Rückkaufprogramm in Höhe von vier Milliarden US-Dollar an, was Kurs und Wert der Aktien nach oben treiben dürfte. Die Energiekonzerne hatten schon vor Beginn des Kriegs in der Ukraine die Preise angehoben. Auftrieb erhielten die Preise und daraus erzielten Gewinne durch die Abkehr westlicher Staaten vom Import von Öl und Erdgas aus Russland.

Bei der österreichischen OMV klopfen sich die Bosse am Donnerstag für eine satte 85prozentige Gewinnsteigerung im vergangenen Jahr auf die Schulter. Unterm Strich fuhr der teilstaatliche Energiekonzern rund 5,7 Milliarden US-Dollar ein. Mit dem nahezu Zehnfachen hatte der US-Energieriese Exxon bereits am Mittwoch mit 55,7 Milliarden US-Dollar den größten Gewinn der Konzerngeschichte mitgeteilt.

Die Energiepreisexplosion betrifft gerade Beschäftigte besonders. Dennoch ermöglichen die Regierenden es



Steigende Energiepreise trieben die Gewinne der Ölmultis im vergangenen Jahr zusätzlich nach oben

den Unternehmen derzeit, sie, wo es geht, verschärft auszubeuten. So ließ der französische Staatschef Emmanuel Macron Arbeiter von Esso-Exxon Mobil und Total Energies zwangsrekrutieren, als diese im Oktober ihren Anteil an den sprudelnden Gewinnen der Ölmultis mit Streiks einforderten. Aktuell kämpfen Millionen von Franzosen gegen Macrons sogenannte Rentenreform, seit Mittwoch greift die französische Version der Hartz-Gesetze. Nach Abbild des französischen Arbeitszwangs sagt die britische Regierung mit Hedgefonds-Premier Rishi Sunak am Streikrecht.

Dass ihre lukrative Industrie den Planeten in eine Katastrophe manövriert,

ist den Ölmultis komplett bewusst. Laut einer im Januar im Fachmagazin *Science* veröffentlichten Analyse von Wissenschaftlern der US-Universität Harvard und des Potsdam-Instituts für Klimaforschung (PIK) wusste Exxon Mobil seit Jahrzehnten von drohender Erderwärmung. »Parallel zur Orchestrierung von Lobby- und Propagandakampagnen zur Verzögerung von Klimaschutzmaßnahmen«, so die Klimaforscher. »Was Exxon Mobil dann bekanntlich leider tat, steht in scharfem Kontrast«, erklärte Koautor Stefan Rahmstorf vom PIK. Der Konzern kündigte Ende 2022 an, in der EU gegen die Besteuerung von Übergewinnen vorzugehen.

Diese fasst die Ampelkoalition in der BRD – auf Druck aus der EU – nur mit Fingerspitzen an. Der Fiskus greift nach lediglich einem Drittel der Übergewinne. Lieber stoßen Kapitalvertreter hierzulande wiederkäuende Debatten über »flexible« (also verlängerte) Arbeitszeiten und späteren Renteneintritt an. Millionen Beschäftigte erlebten im Rekordjahr der Energiekonzerne einen bislang einzigartigen Reallohnverlust, trotz Erhalt der Kaufkraft durch Einmalzahlungen. Für die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi war dennoch »nicht die Zeit für grundsätzliche kapitalismuskritische Debatten«. In wessen Interesse?

Neue US-Stützpunkte auf Philippinen

Washington verschärft Konflikt mit China. Beijing sieht Gefahr für »Frieden und Stabilität«

Die Philippinen gewähren den USA die Einrichtung weiterer Militärstützpunkte. Das verkündete US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am Donnerstag bei einem Besuch in Manila, wie *AFP* berichtete. Demnach habe der philippinische Präsident Ferdinand Marcos jr. vier neuen Standorten für die US-Armee zugestimmt. Die Zahl der US-Armeestützpunkte in dem Inselstaat steige so auf insgesamt neun. *AFP* schrieb, dass zudem ein möglicher zehnter Standort im Gespräch sei.

Der genaue Ort der Militäranlagen blieb zunächst unklar. Laut Agenturen werde vermutet, dass sie auf der Insel Luzon eingerichtet werden, die Taiwan am nächsten liegt. Der US-Sender *CNN* kommentierte entsprechend, dass die neuen Stützpunkte »den US-Streitkräften eine verbesserte strategische Position am südöstlichen Rand des Südchinesischen Meeres in der Nähe des selbstverwalteten Taiwan verschaffen«. Die Insel gilt völkerrechtlich als Teil der Volksrepublik China und dort als abtrünnige Provinz. Die USA wiederum treten als Schutzmacht Taiwans

auf und benutzen die Spannungen zwischen Beijing und Taipeh, um ihre gegen die Volksrepublik gerichtete Politik voranzutreiben.

Entsprechend sieht Beijing in der Ausweitung der US-Militärpräsenz auf den Philippinen eine Gefahr für »Frieden und Stabilität«, wie *dpa* unter Berufung auf eine Sprecherin des Beijinger Außenministeriums am Donnerstag meldete. Andere Staaten sollten »wachsam bleiben« und sich nicht von den USA ausnutzen lassen, hieß es demnach von seiten der chinesischen Regierung.

Die Philippinen stehen seit langem in einem engen Abhängigkeitsverhältnis von der früheren Kolonialmacht USA. Unter Marcos' Vorgänger Rodrigo Duterte hatte sich Manila jedoch Beijing angenähert. Anfang Januar war auch Präsident Marcos zu einem ersten Besuch nach Beijing gereist. Bei dieser Gelegenheit wurden Kooperationsverträge beider Länder im Rahmen der chinesischen »Belt and Road Initiative« unterzeichnet. Auch wurde beteuert, dass man den Streit um Inseln im Südchinesischen Meer beilegen wolle.

Jörg Tiedjen

Von der Leyen: Neue Sanktionen gegen Russland

Kiew. Bei einem Besuch in der Ukraine hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen neue Sanktionen gegen Russland angekündigt. Bis zum 24. Februar, also dem ersten Jahrestag des russischen Angriffs, »wollen wir ein zehntes Sanktionspaket fertigstellen«, sagte von der Leyen am Donnerstag auf einer Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskiy in Kiew. Von der Leyen war am Donnerstag vormittag zu einem zweitägigen Besuch in Kiew eingetroffen. Begleitet wurde sie von 15 anderen Kommissionsmitgliedern. Am Freitag findet in Kiew ein EU-Ukraine-Gipfel mit Selenskiy statt. Neben von der Leyen will daran auch EU-Ratspräsident Charles Michel teilnehmen. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell bestätigte unterdessen frühere Brüsseler Angaben, wonach die Mitgliedsländer nun insgesamt 30.000 ukrainische Soldaten auf EU-Gebiet schulen wollen, doppelt so viele wie bisher vereinbart. (AFP/JW)

Deutsche Bank erzielt Rekordgewinn



Frankfurt am Main. Die Deutsche Bank hat 2022 den höchsten Gewinn seit 15 Jahren erzielt. Der Vorsteuergewinn erhöhte sich zum Vorjahr um 65 Prozent auf rund 5,6 Milliarden Euro, wie Deutschlands größtes Geldhaus am Donnerstag in Frankfurt am Main mitteilte. Unter dem Strich entfielen auf die Aktionäre des Dax-Konzerns etwas mehr als fünf Milliarden Euro Überschuss nach 1,9 Milliarden Euro ein Jahr zuvor. »Die Transformation der Deutschen Bank in den vergangenen dreieinhalb Jahren war ein Erfolg«, bilanzierte Vorstandschef Christian Sewing, der 2019 eine Neuaufstellung des Konzerns eingeleitet hatte. »Indem wir uns auf unsere Stärken konzentriert haben, sind wir deutlich profitabler, diversifizierter und effizienter geworden«, meinte Sewing. (dpa/JW)

jW wird herausgegeben von 2.701 Genossinnen und Genossen (Stand 16.12.2022)
www.jungewelt.de/lpg

